

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin für
Nachhaltigkeit und Tourismus

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMNT-LE.4.2.4/0151-RD 3/2018

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1847/J-NR/2018

Wien, 7. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Doris Margreiter, Kolleginnen und Kollegen haben am 09.10.2018 unter der Nr. **1847/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss und die Unterzeichnung des freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 13:

- Wie lautet die Position Ihres Ressorts zum genannten Vorschlag insgesamt und zu dessen wesentlichsten Bestimmungen?
- Sind weitere Ressorts mit dem Vorschlag befasst?
- Stimmen Sie mit der Rechtsgrundlage des Vorschlags überein?
- Entspricht der Vorschlag den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit?
- Werden auf Grund des Vorschlages Änderungen an österreichischen Rechtsnormen erforderlich?
 - a. Wenn ja: welche Bundesgesetze sind betroffen?
- Sind durch den Vorschlag Kompetenzen der Bundesländer betroffen?

- a. Wenn ja: auf Grund welcher Bestimmung(en) des Vorschlags?
- Enthält der Vorschlag Bestimmungen, die im österreichischen Recht nur durch Bundesverfassungsgesetz getroffen werden könnten?
 - Wie ist die Position anderer Mitgliedstaaten zum Vorschlag?
 - In welcher EU-Ratsformation wird der Vorschlag behandelt?
 - In welchem vorbereitenden Gremium des Rates der EU wird der Vorschlag behandelt?
 - Fanden bereits Sitzungen in diesem Gremium statt?
 - Besteht ein Zeitplan für die Behandlung des Vorschlags?
 - Welche Art von Gesetzgebungsverfahren kommt zur Anwendung?

Mit den Vorschlägen für einen „Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Union – des freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor“ (COM(2018) 514 final) und für einen „Beschluss des Rates über den Abschluss des freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Sozialistischen Republik Vietnam über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor“ (COM(2018) 515 final) war das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus befasst.

Diese Vorschläge gründen sich auf die gemeinsame Handelspolitik und fallen in die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union, sodass für das Thema Subsidiarität kein Anwendungsbereich verbleibt. Die Rechtsgrundlagen werden als zutreffend erachtet.

Das freiwillige Partnerschaftsabkommen mit Vietnam basiert auf dem vom Rat der Europäischen Union 2003 gebilligten Aktionsplan zur „Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor“ (Forest Law Enforcement, Governance and Trade, COM(2003) 251) und wurde von der Europäischen Kommission auf Basis des ihr vom Rat der Europäischen Union am 05.12.2005 erteilten Mandates ausverhandelt.

Mit den Schlussfolgerungen des Rates vom 28.06.2016 betreffend Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor hat der Rat der Europäischen Union unter anderem bestätigt, dass der diesbezügliche Aktionsplan der Europäischen Union weiterhin einen bedeutenden Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen in diesem Zusammenhang darstellt. Es wurde hervorgehoben, dass freiwillige Partnerschaftsabkommen sich als wertvolles Instrument zur Förderung und Verbesserung der Politikgestaltung im Forstsektor erwiesen haben, insbesondere durch die Einrichtung wirksamer Prozesse zur Beteiligung mehrerer Interessenträgerinnen und -träger, die Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen, politische Reformen, erhöhte Transparenz und Rechenschaftspflicht sowie durch Sensibilisierung.

Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus unterstützt die Ziele des Aktionsplans zur „Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor“ und der freiwilligen Partnerschaftsabkommen. Es begrüßt daher auch die beiden Vorschläge zur Ratifizierung des Abkommens mit Vietnam.

Änderungen österreichischer Rechtsnormen, insbesondere auch solche verfassungsrechtlicher Natur, sind nicht erforderlich. Kompetenzen der Bundesländer sind nicht betroffen.

Am 05.07.2018 hat die Ratsarbeitsgruppe Forstwirtschaft einen ersten Gedankenaustausch über die beiden obgenannten Vorschläge geführt, die von der Gruppe der Referentinnen und Referenten/Attachées und Attachés (Forstwirtschaft) am 12.07.2018 gebilligt wurden. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat am 10.10.2018 das auf Gruppenebene erzielte Einvernehmen bestätigt. Der Rat Justiz und Inneres hat am 12.10.2018 den Beschluss zur Unterzeichnung des Abkommens angenommen und dem Entwurf eines Beschlusses über den Abschluss des Abkommens sowie dem Wortlaut des Abkommens grundsätzlich zugestimmt. Es wurde beschlossen dem Europäischen Parlament die Dokumente zur Zustimmung zu übermitteln.

Das Abkommen wurde am 19.10.2018 von Bundeskanzler Sebastian Kurz, der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini und dem Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung von Vietnam, Nam Nguyen Xuan Cuong, im Beisein des Premierministers von Vietnam, Nguyen Xuan Phuc, und des stellvertretenden Premierministers von Vietnam, Pham Binh Minh, in Brüssel unterzeichnet.

Elisabeth Köstinger

